

Simonis, Udo E.

Article

"Neue Internationale Wirtschaftsordnung": zum Problem der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik

Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1977) : "Neue Internationale Wirtschaftsordnung": zum Problem der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik, Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 16, Iss. 4=28, pp. 84-94

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112357>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis

„Neue Internationale Wirtschaftsordnung“

Zum Problem der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik

Eine neue internationale Wirtschaftsordnung ist unerlässlich, soll es endlich zu dem notwendigen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kommen. Der Marktmechanismus macht, wie sich immer wieder zeigt, die Reichen reicher und die Armen ärmer; darum lehnen die Entwicklungsländer verständlicherweise die bisherige Weltwirtschaftsordnung ab. Der international angesehene Wirtschaftswissenschaftler Udo Ernst Simonis weist auf die Konsequenzen für die Bundesrepublik bei der Neuordnung der Weltwirtschaft hin, und auf ihre Verantwortung als eines der wirtschaftlich stärksten Industrieländer.

Jede Nation, die sich für ein stupides Festhalten am internationalen Status quo entscheidet, muß damit rechnen, auf praktisch jedem internationalen Forum in die Defensive zu geraten. Die neue internationale Wirtschaftsordnung ist keine leere Phrase. Sie ist ein neues Phänomen – und die Debatte über Wege und Maßnahmen zu ihrer Errichtung hat gerade erst begonnen.

RIO-Bericht an den Club of Rome, 1976

Fünf Fragen zum Thema

Mit diesen Bemerkungen zum Thema „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ soll fünf Fragen nachgegangen werden:

- Warum ist eine neue internationale Wirtschaftsordnung notwendig?
- Wie kann ein entsprechender wirtschaftlicher Anpassungsprozeß einganggesetzt und gesteuert werden?
- Welche Schwierigkeiten wird eine solche Anpassung hervorrufen?
- Welche Teilfragen werden derzeit international ‚gehandelt‘ und warum?
- Worin besteht die besondere Verantwortung der Bundesrepublik in den bevorstehenden Verhandlungen?

Neue Impulse für den Nord-Süd-Dialog

Die Lösung der vielfältigen internationalen wirtschaftlichen Probleme und insbesondere der Entwicklungsprobleme der Länder der sogenannten Dritten Welt setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit zu grundlegenden Veränderungen im internationalen Wirtschaftszusammenhang voraus; für den „Nord-Süd-Dialog“ sind neue Impulse dringend erforderlich. Man möchte meinen, daß eine solche (oder ähnliche) Ausgangsthese die allgemeine Zustimmung derjenigen finden müßte, die

über die derzeitige internationale wirtschaftliche Situation nachdenken. Doch was schrieb zum Beispiel eine führende deutsche Wochenzeitung kürzlich zu unserem Thema?

Dem Lebensnerv der Weltwirtschaft, so meinte *Die Zeit* (29. 4. 77), drohen von drei Seiten tödliche Gefahren: der mangelnden Einsicht, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ohne stabiles Geld mit einer Niederlage enden muß; der Liquiditätsenge einiger kleiner europäischer Länder und einiger großer Entwicklungsländer und der Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Inbezug auf die bevorstehenden internationalen Konferenzen kommt die Zeitung zu der Folgerung, daß es jetzt darum ginge, „... die geeignete Strategie zur Abwehr der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung...“ zu finden und daß „... die Bundesregierung ein vitales Interesse daran (habe), auf den ... Konferenzen die Weichen so zu stellen, daß der Todesstoß gegen die freie Weltwirtschaftsordnung abgewehrt wird“.

Die konservative (und teils reaktionäre) Haltung dieser führenden deutschen Zeitung in Wirtschaftsfragen ist bekannt; auch könnte es sein, daß in diesem Falle die veröffentlichte Meinung der öffentlichen Meinung in der *Bundesrepublik* weitgehend entspricht. Was aber ist falsch an dieser Darstellung, was gar gefährlich, wenn sie das Handlungswissen der politisch Verantwortlichen bestimmt?

Die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ist in einer Periode ökonomischer Turbulenz gestellt worden; die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind ins Ungleichgewicht geraten. Die Industrieländer stehen vor der schwierigen Frage der Wachstumsanpassung und notwendiger ökonomischer Umstrukturierungen. Zurück liegt die Zeit des raschen Wachstums der Wirtschaft und der Schaffung einer machtvollen industriellen Maschinerie. Die Phase des rapiden Wirtschaftswachstums scheint von einer Phase des rapiden Problemwachstums abgelöst worden zu sein. Die ökonomische Krise in den Industrieländern scheint mehr und mehr Dauercharakter zu bekommen. Zugleich hat die bisherige Prosperitätserfahrung ein neues Angstphänomen erzeugt, die Angst nämlich davor, daß die „guten Zeiten“ vorbei sein könnten.

Geht man von der Hypothese aus, daß diese ökonomische Krise und deren Struktur nicht nur national begründet, sondern auch wesentlich von den internationalen Regelmechanismen geschaffen und beeinflußt wird, so mag die Folgerung gelten, daß es für die Industrieländer, wenn sie mit ihren ökonomischen Problemen fertigwerden wollen, im eigenen Interesse liegen muß, daß Änderungen in der internationalen Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden. Und die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft und der Beziehungen zwischen den Ländern ist auch (und vor allem) eine Krise der internationalen Strukturen. Was jetzt ansteht, sind institutionelle Reformen auf der Basis des Erkennens ge-

**Internationale
Wirtschafts-
beziehungen
im Ungleichgewicht**

meinsamer wechselseitiger Interessen in einer zunehmend interdependenten Welt. „Was erforderlich ist, ist eine neue internationale Ordnung, in der alle vom Wandel Nutzen ziehen“ (*RIO-Bericht*).

Die Entwicklungsländer haben in einer Periode des politischen Unabhängigwerdens die Erfahrung gemacht, daß politische Unabhängigkeit noch nicht ökonomisches „frei sein“ heißt. Sie haben die Lehre gezogen, daß politische Unabhängigkeit nicht ohne weiteres auch ein hohes Maß ökonomischer Unabhängigkeit einschließt, daß ohne ökonomische Stärke die politische Unabhängigkeit unvollkommen und unsicher ist. *Leopold Senghor*, der Präsident von *Senegal*, vertrat bei seinem Staatsbesuch in der *Bundesrepublik* kürzlich die Meinung, daß Afrika heute abhängiger sei als zur Kolonialzeit. Den Drang nach ökonomischer Emanzipation hat *Egon Bahr* wie folgt umschrieben: „Die Länder der Dritten Welt haben den Kolonialismus politisch überwunden“, das Ziel sei, ihn „auch wirtschaftlich zu überwinden und industriell aus dem Zustand einseitiger Abhängigkeit herauszukommen“.

**Die ökonomische
Abhängigkeit der
Entwicklungsländer
schwindet**

Die hohe ökonomische Abhängigkeit der Entwicklungsländer ist zum Teil eine Folge der institutionellen Ordnung der Weltwirtschaft. Deren relevante Regelmechanismen sind geschaffen worden, als die heutigen Entwicklungsländer noch keine Stimme hatten. Heute stellen die Entwicklungsländer selbst wesentliche Prämissen des internationalen wirtschaftlichen Systems, dessen disparitäre (ungleichheitsfördernde) Auswirkungen offensichtlich geworden sind, immer mehr infrage. Insbesondere stellen sie die Prämisse infrage, daß freie Märkte zu einem Optimum der internationalen Allokation (Verteilung) der Ressourcen führen. Es wird gesagt, daß freie Märkte jenen zugute kommen, die ohnehin schon am besten dastehen.

In den entwickelteren Ländern weiß man imgrunde sehr wohl, daß auf der nationalen Ebene die Marktmechanismen dazu tendieren, die „Armen“ zu ignorieren; die Armen haben keine oder keine ausreichende Kaufkraft in einer marktbestimmten Gesellschaft. Noch mehr ist dies der Fall auf der internationalen Ebene, wo jene „Fangnetze für Unterprivilegierte“, wie sie in den entwickelteren Ländern in einem langwierigen historischen Prozeß geschaffen worden sind, noch weitgehend fehlen. Das „Sozialmachen des ökonomischen Prinzips“ ist international gesehen bisher noch nicht gelungen.

Die internationalen Ungleichheiten werden zunehmend deutlich, doch sind sie in sich sehr unterschiedlich. Vereinfacht und symbolhaft gesagt: es besteht ein Armuts-Vorhang, der Nord und Süd materiell abgrenzt, und ein Vorhang, der Reich und Arm im Süden voneinander trennt. (Dieser Sachverhalt wird, etwas kompliziert, aber doch zurecht, mit dem Begriff der „strukturellen Heterogenität“ umschrieben.) In der reichen Welt debattiert man über die „Qualität des Lebens“, in der armen Welt geht es um das Leben überhaupt.

Monetär betrachtet leben heute zwei Drittel der Menschheit – falls man das überhaupt „leben“ nennen kann – mit etwa 1 Mark pro Kopf und Tag. Angesichts dieser Situation – und man könnte viele Details nennen – scheinen marginale Änderungen der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung nicht mehr ausreichend zu sein. Diese Verhältnisse begründen die Forderungen der Entwicklungsländer nach strukturellen, grundsätzlichen Änderungen der internationalen wirtschaftlichen Ordnung, die keinen ausreichenden positiven realen Transfer zugunsten der Entwicklungsländer hervorbringt, fast mit logischer Konsequenz.

**Forderungen der
armen Länder**

Es ist also eigentlich keineswegs überraschend, daß es zu Deklarationen kommt, wie sie beispielsweise auf der 7. *UNO*-Sondersitzung verabschiedet wurden, oder wie sie in der „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten“ niedergelegt worden sind – der die *Bundesrepublik Deutschland* allerdings nicht zugestimmt hat.

Freilich sind die konzeptionellen Vorstellungen darüber, wie eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung aussehen könnte, noch in einem Frühstadium; sie sind in sich nicht konsistent oder auf ihre möglichen Konsequenzen hin noch nicht genügend durchdacht. Einigkeit dürfte darüber bestehen, daß eine neue internationale Wirtschaftsordnung Änderungen und Anpassungen in den Entwicklungsländern, in den Industrieländern, in den Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern und im globalen System erfordert. Die konkreten Vorschläge und Empfehlungen, die gemacht worden sind, legen jedoch – in höchst unterschiedlichem Maße – das Schwergewicht oft nur auf eine dieser Kategorien.

**Änderungen in
allen „Kategorien“
von Ländern**

Als bisher umfassendsten Versuch, eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu bestimmen, sehe ich den *RIO-Bericht*. an. Normative Ausgangsbasis dieses Berichts sind die Empfehlungen in den offiziellen Dokumenten der *Vereinten Nationen*. Das heißt, die Forderungen der Entwicklungsländer werden zunächst einmal im allgemeinen als berechtigt angesehen. Ausgangspunkt der Argumentation bildet die Tatsache der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit der Länder der Welt und die Prämisse, daß jegliche verantwortungsbewußte Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik das Wohl der gesamten Weltbevölkerung ins Auge fassen muß. Zur Frage, wie nun die internationale Ordnung neu zu gestalten sei, damit dieses Gesamtwohlergehen verbessert werden kann, werden Ziele spezifiziert und Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele vorgeschlagen. Es sollen die Grundbedürfnisse befriedigt, eine gerechte Verteilung von Einkommen und Arbeit angestrebt und die kulturellen Verschiedenheiten anerkannt werden.

**Offizielle
UNO-Dokumente
und der
RIO-Bericht**

Um eine derartige Ordnung zu verwirklichen, werden Institutionen benötigt, die die erforderlichen Mittel und Instrumente handhaben, ein-

schließlich abstrakter Institutionen, wie freie oder aber regulierte Märkte. Als Weltordnung wird die Gesamtheit aller Institutionen und Kontakte zwischen den Einwohnern der Erde definiert; der Teil dieser komplexen Struktur, der sich oberhalb der nationalen Ebene befindet, wird als „internationale Ordnung“ bezeichnet. Damit kommt dann eine Hauptfrage der Neuordnung auf, nämlich die nach dem optimalen Entschlußniveau für Entscheidungen, die getroffen werden müssen.

Aufgrund dieser Begriffsbestimmungen kommt der *RIO-Bericht* auf eine bestimmte Anzahl von Problembereichen, für die die Effekte ihrer Lösungsentscheidungen weltweit sind; in diesen Problembereichen bedarf es also einer Entschlußfassung auf Weltebene. Was sind diese wesentlichen Problembereiche?

**Der
Rüstungswettlauf**

a) An erster Stelle nennt der Bericht – und dies ist im Sinne einer Priorität zu verstehen – den nachwievor stattfindenden Rüstungswettlauf. Die Militärausgaben der Welt betragen gegenwärtig rund 300 Milliarden Dollar pro Jahr, oder umgerechnet fast 90 Millionen DM pro Stunde. Dieser Wettlauf beraubt die Welt weitgehend der Mittel, die für die Entwicklungsfinanzierung nötig sind. Weiterhin: etwa 500 000 Wissenschaftler und Ingenieure widmen ihre Lebensarbeit der militärischen Forschung und Anwendung. Die dahinter stehenden Finanzmittel machen etwa 40% aller öffentlichen und privaten Forschungs- und Anwendungsausgaben der Welt aus.

**Die
Bevölkerungs-
expansion**

b) Gegenwärtig werden auf der Welt monatlich ca 600 000 Menschen geboren, etwa 88% davon in den Entwicklungsländern. Von dieser Bevölkerungsexpansion geht ein enormer Druck auf die wirtschaftlichen und sozialen Systeme aus. So macht die in weniger als einer Generation zu erwartende Verdoppelung der Bevölkerung der Dritten Welt auch in etwa eine Verdoppelung der Investitionen in die Infrastruktur dieser Länder erforderlich – und dies allein, um den bisherigen Standard zu halten. Eine Verdoppelung der Bevölkerung bedeutet in etwa die Notwendigkeit zur Verdreifachung der Zahl der Arbeitsplätze.

**Das
Nahrungsmittel-
defizit**

c) In den 50er Jahren hatten die Entwicklungsländer ihre Nahrungsproduktion um etwa 0,7% pro Kopf und Jahr steigern können, in den 60er Jahren dagegen lag diese Rate bei nur 0,2%. Diese prozentuale Steigerung entspricht in etwa einer zusätzlichen Produktion von 400 Gramm pro Kopf. Diesen 400 Gramm in den Entwicklungsländern stehen etwa 11 000 Gramm zusätzlichen Konsums an Nahrungsmitteln in den Industrieländern gegenüber. Schon aus diesem Grunde ist das Nahrungsproblem kein Problem, das primär und vor allem die Entwicklungsländer angeht. So sind durch die Inflation in den westlichen Industrieländern die Preise für landwirtschaftliche Maschinen rasch angestiegen; die Preise für Traktoren haben sich beispielsweise innerhalb von

zwei Jahren verdoppelt. In den *USA*, in Japan und auch in den Entwicklungsländern sind in den letzten Jahren Maßnahmen zur Senkung der Düngemittelproduktion getroffen worden; die Düngemittelproduktion ist ihrerseits eine Grundvoraussetzung für die Steigerung der Produktion im Nahrungsbereich. Nach Schätzungen hat die Reduzierung der Düngemittelexporte aus den *USA* aufgrund einer Entscheidung im Jahre 1974 die Produktion von 20 Millionen Tonnen Getreide in den Ländern der Dritten Welt verhindert.

d) Die städtische Bevölkerung der Welt hat sich in den letzten 20 Jahren in etwa verdoppelt. Neben der nachwievor sehr hohen natürlichen Bevölkerungszuwachsrates in den Entwicklungsländern, ist hierfür die rapide Abwanderung vom Land in die Stadt verantwortlich. Diese wiederum ist wesentlich abhängig von der Nicht-Entwicklung der ländlichen Gebiete, dh auch von den fehlerhaften Prioritäten im Hinblick auf die Neo-Investitionen, die weitgehend nur in den städtischen Gebieten getätigt worden sind. Die Landreform muß in den Entwicklungsländern stärker beachtet werden; was aber auch notwendig ist – und damit sind die Investoren aus den Industrieländern angesprochen –, ist die Umlenkung der investiven Mittel in die ländlichen Gebiete. Modernisierung kann nicht länger mit Urbanisierung gleichgesetzt werden.

**Das
Siedlungsproblem**

e) Die Belastung der natürlichen Umwelt ist ganz sicherlich abhängig vom erreichten Grad der Urbanisierung und der Industrialisierung; sie ist aber auch abhängig von den im Bereich der Landwirtschaft angewendeten Methoden. Das Umweltproblem ist insofern nicht primär nur ein Problem der Industrieländer, nicht kurzfristig und schon garnicht langfristig.

**Die
Umweltbelastung**

f) Knapp formuliert, gibt es im derzeitigen internationalen Währungssystem zwei Gefahren: die Tendenz der Inflationierung und die relative Bevorzugung der hoch entwickelten Länder bzw die nicht ausreichende präferentielle (vorrangige) Behandlung der am wenigsten entwickelten Länder. Das Schuldenproblem hat ganz gewaltige Ausmaße angenommen. Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer beträgt schätzungsweise 600 Milliarden DM, verschiedene Entwicklungsländer benötigen bereits mehr als 50% ihrer Deviseneinnahmen zur Zinszahlung und Tilgung der Auslandskredite. Hieran zeigt sich das Abhängigkeitsproblem besonders deutlich. Was den Handel betrifft, so sei hier nur angemerkt, daß die Tendenz zur Verringerung des Anteils der Entwicklungsländer (wenn man die Ölländer ausnimmt) am gesamten realen Welthandel bis in die jüngste Zeit hinein angehalten hat (derzeit ca 16%). Völlig unterentwickelt ist der Handel zwischen den Entwicklungsländern; etwa drei Viertel ihres Handels ist nicht Handel untereinander, sondern Handel mit den westlichen Industrieländern.

**Das
Währungs- und
Handelssystem**

Natürliche
Ressourcen,
Rohstoffe, Energie

g) Über die Ölfrage hinausgehend, sind die Rohstoffe in jüngster Zeit zu einem Zentralthema der internationalen Problem-Diskussion geworden. Etwa 50% der bisher bekannten Rohstofflager befinden sich jedoch nicht in den Entwicklungsländern, sondern in (einigen) Industrieländern. Jede generelle Behandlung der Rohstoff-Frage führt daher zu Zufallsgewinnen bei den Industrieländern – was sicherlich nicht im Interesse der Entwicklungsländer sein kann. Das Interesse der Entwicklungsländer an preisstabilisierenden Maßnahmen für ihre Rohstoffe (die *UNCTAD*-Forderung nach einem Gemeinsamen Fonds) wird von den meisten Industrieländern (nicht von allen) als Versuch der Preisanhebung interpretiert, die einen Real-Transfer von den Industrieländern in die Entwicklungsländer zurfolge haben müsse. Diese Folgerung wäre jedoch nur dann richtig, wenn die Preisanhebung bei Rohstoffen langfristig gelänge und keine Kompensation über die steigenden Industriegüterpreise stattfände. Noch aber spricht alles dafür, daß die Verteilung der Gewinne aus dem internationalen Handel zu Ungunsten der Entwicklungsländer ausgeht.

Wissenschaft
und Technologie,
transnationale
Unternehmen

h) Nirgendwo ist die Disparität zwischen Industrie- und Entwicklungsländern so groß und deutlich wie im Bereich der Schaffung und Anwendung von Wissenschaft und Technologie. Die Entwicklungsländer sind abhängig oder halten sich abhängig von einem Wissens- und Technologietransfer, der bisher weitgehend über transnationale Unternehmen abgewickelt wird. Wenn keine wesentlichen Änderungen eintreten – so ist geschätzt worden –, werden die transnationalen Unternehmen vor Ende der 80er Jahre etwa 40% der gesamten Weltproduktion kontrollieren.

Ungewißheit herrscht dagegen über die endgültige Verteilung der positiven und negativen entwicklungspolitischen Effekte der transnationalen Unternehmen und über die Frage, wie man diese Verteilung planvoll steuern könnte. Was den Transfer von Wissen und Technologie als positive entwicklungspolitische Kategorie angeht, so ist dies ein eklatantes Beispiel „großer Worte und weniger Taten“: Was transferiert wird, ist in aller Regel die falsche Technologie. Es bestehen auch kaum Anreize und keine Kontrollmechanismen dafür, daß es zu einem Transfer „angepaßter Technologie“ kommt, dh zu einer Technik, die kostengünstig Arbeitsplätze schaffen kann, mit den natürlichen Rohstoffen schonend umgeht und auf dem jeweils vorhandenen Ausbildungsniveau aufbaut. Die Gründe dafür kann man leicht erkennen: Wenn und solange Technologietransfer über transnationale Unternehmen erfolgt, diese aber ihrerseits in der Vorderfront des technologischen Fortschritts westlicher Prägung stehen (ein Wesensmerkmal der Charakterisierung eines transnationalen Unternehmens), dann ist ein Transfer an Technologie, die für die Entwicklungsländer im Hinblick auf ihre allgemeine Ressourcen-Ausstattung am besten geeignet ist, nicht zu erwarten.

Die Komplexität und die Interdependenz der hier herausgestellten Problembereiche, die im Hinblick auf die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung einer Lösung näher gebracht werden müssen, ist groß, des Beweises bedarf es nicht. Klein und einfach erscheint dagegen die Zahl der Teilfragen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die derzeit auf dem „globalen Basar“ gehandelt werden. Der Nord-Süd-Dialog dreht sich im wesentlichen nur um drei Punkte der Gesamtproblematik:

- das Rohstoffproblem,
- die öffentliche Entwicklungshilfe,
- das Schuldenproblem.

**Drei Probleme im
Nord-Süd-Dialog**

Zum ersten Punkt hatte die 4. Welthandelskonferenz 1974 (*UNCTAD*) in Nairobi nach langem Streit mit dem Konsensus geendet, daß über ein integriertes Rohstoffprogramm und einen gemeinsamen Fonds weiter gesprochen werden könne. Auf den Nachfolge-Verhandlungen in Genf dagegen wurde diese Thematik ergebnislos vertagt: „Bittere Enttäuschung für die Entwicklungsländer“ und „Völliger Fehlschlag“, so lauteten die Schlagzeilen der Tagespresse. Andererseits ist in den letzten Monaten eine gewisse Bewegung in der Haltung der westlichen Industrieländer eingetreten. Die Bundesregierung als bisher eigentlich schärfster Gegner der Forderungen der Entwicklungsländer hat sich aus ihrer passiven Defensive herausgegeben, die *EG* hat sich einigen Vorschlägen der *Bundesregierung* angeschlossen. Mit den Stichworten „produktspezifische Abkommen“ und „Erlösstabilisierung“ ließe sich diese Position verkürzt umschreiben; das heißt: Zustimmung nur zu einem Rohstoff-Fonds, der als Ausgleichskasse für geplante einzelne internationale Rohstoffabkommen eine begrenzte Erlösstabilisierung finanzieren soll, weiterhin keine Zustimmung zu einem integrierten Programm und zu einer Indexierung der Rohstoffpreise (die nach den Vorstellungen der Entwicklungsländer an die Preisentwicklung der Industriegüter gekoppelt werden sollen).

**Das
Rohstoffproblem**

Beim zweiten Punkt ist dagegen die Haltung der *Bundesregierung* trotz beschwichtigender Verlautbarungen unverändert. Die Bundesrepublik Deutschland hatte das 0,7%-Ziel der *Vereinten Nationen* für die 2. Entwicklungsdekade (Anteil der öffentlichen Hilfeleistungen am Brutto-sozialprodukt) akzeptiert und die Zusage gegeben, dieses Ziel sobald als möglich zu realisieren. Während eine Reihe von westlichen Ländern sich diesem Ziel nähern oder es gar übertreffen, haben die Leistungen der Bundesrepublik relativ gesehen einen Tiefpunkt erreicht, ein weiteres Abfallen ist vorauszusehen, wenn die zurzeit gültige Finanzplanung verwirklicht wird. Die Bundesrepublik ist in Verzug geraten. Die kürzlich ausgehandelte einmalige Sonderhilfe für die ärmsten Entwicklungsländer in Höhe von 1 Milliarde Dollar, an der sich die Bundesregierung be-

**Die öffentliche
Entwicklungshilfe**

teiligen will, erscheint angesichts dieser Sachlage vielen Betrachtern als der Versuch eines Sich-Freikaufens von den selbst auferlegten Verpflichtungen.

Das Schuldenproblem

Auch zum dritten oben genannten Punkt liegt vonseiten der *Bundesrepublik* kein nennenswertes Angebot vor. Während die Entwicklungsländer ein Schuldenmoratorium fordern, hält (nach jüngsten Verlautbarungen) der Bundesfinanzminister und mit ihm die Bundesregierung eine allgemeine Behandlung des Schuldenproblems nicht für angebracht. Die Schuldenlast habe sich nicht in besorgniserregendem Maße erhöht, die Zuteilung neuer zusätzlicher Kreditmöglichkeiten beim *Internationalen Währungsfonds* wird nicht für notwendig erachtet; den Gedanken einer Sonderfazilität(-erleichterung) für die sogenannten Schwellenländer Brasilien, Mexiko, Korea, Spanien und Portugal hält der Minister dagegen für verfolgenswert.

Einige umfassende Vorschläge aus jüngster Zeit zur Behandlung der Schuldenproblematik der Entwicklungsländer sind auf offizieller politischer Ebene dagegen bisher noch nicht aufgegriffen worden:

- Moratorium bezüglich der öffentlichen Schulden für besonders bedürftige Entwicklungsländer (*Otto Graf Lambsdorff*);
- Einbeziehung der rückfließenden Zins- und Tilgungszahlungen aus deutschen öffentlichen Krediten in den laufenden Haushalt des BMZ (*Uwe Holtz*);
- Schaffung eines neuen internationalen Entwicklungsfonds aus den gesamten rückfließenden Zins- und Tilgungszahlungen aus öffentlichen Krediten (*U. Nembach/U. E. Simonis*).

Wie bereits angedeutet, sind die Problembereiche, die derzeit im „globalen Basar“ gehandelt werden, klein im Verhältnis zu den Problemen, die behandelt werden müßten – ein Vergleich mit dem *RIO-Bericht* macht dies besonders deutlich. Warum dies so ist, und welche Schwierigkeiten sich bei einer Erweiterung der Problemdiskussion in den Industrieländern – und damit auch in der Bundesrepublik – ergeben würden, dieser Frage soll im folgenden kurz nachgegangen werden.

Lebensstandard der Reichen kein Ziel für die Armen

Kaum jemand – außer vielleicht *Herman Kahn* – kann sich vorstellen, daß die arme Mehrheit dieser Welt so werden und in Zukunft so wird leben können, wie die reiche Minderheit von heute. Daß in den Entwicklungsländern die in den westlichen Industrieländern vorherrschenden Standards in solchen Konsumbereichen wie Verkehr und Energie – und im Konsumgüterbereich insgesamt – erreicht werden, ist kaum denkbar. Auch könnte eine Vervielfältigung der globalen Umweltbelastung, wie sie sich bei nicht qualifizierter Annäherung der Investitions- und Konsumstandards zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ergeben müßte, keine sehr wünschenswerte Welt ausmachen. Deshalb muß heute vor allem auch das Problem erkannt werden, das die Investitions- und

Konsumgewohnheiten der reichen Länder darstellen. Der Versuch, eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, kann nicht auf den exklusiven Wachstumserwartungen im bisherigen Sinne basieren.

Schon die Erfahrung bei uns zeigt deutlich, daß selbst ein rapides Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise soziale Gerechtigkeit, Gleichheit in der Machtverteilung, Angleichung der Lebenschancen und Lebensmöglichkeiten bedeutet. Unsere Entwicklung ist unter anderem auch gekennzeichnet durch eine Fehlnutzung vorhandenen Wissens, in Sonderheit durch eine Mißachtung der sozialen Kosten des technologischen Fortschritts.

Mein Fazit aus diesen Bemerkungen: Die reichen Industrieländer (und voran die *Bundesrepublik Deutschland*) müssen erkennen, daß neue Richtungen einzuschlagen sind, nicht nur um zu einer neuen gerechteren internationalen Ordnung zu kommen, sondern auch um mit den eigenen Problemen besser fertig zu werden.

Man kann diese Notwendigkeiten in wenigen Stichpunkten zusammenfassen:

- Die Industrieländer müssen sich von der quantitativen Wachstumsideologie hin zu einem umfassender verstandenen Wohlfahrts- oder Qualitätskonzept der Entwicklung bewegen.

- Die Technologie muß den Grundrechten der Gesellschaft unterstellt werden. Es muß nach dem Übergang von einem energieverschwendenden, arbeitsplatzsparenden technischen Fortschritt zu einem mindestens teilweise energiesparenden und arbeitsplatzschaffenden Fortschritt gesucht werden.

- Man muß zu einer sinnvolleren Nutzung der knappen Ressourcen und zu einer gerechteren Verteilung der daraus entstehenden Güter kommen, beispielsweise durch:

- Erhöhung der Lebensdauer der Produkte und damit Abbau der Verschwendung

- Bestimmung von Mindeststandards in den Entwicklungsländern (Mindestversorgungsgrade) und von Maximalstandards in den Industrieländern (Maximalstandards im Sinne einer angemessenen, nicht zu überschreitenden Versorgung)

- Beendigung des Rüstungswettlaufs, der nicht nur destruktiv ist, sondern auch eine Ressourcenverschwendung ohnegleichen darstellt.

Die besondere Verantwortung der *Bundesrepublik Deutschland* im Hinblick auf die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und die hier angeschnittenen Fragen scheint offensichtlich zu sein, wenn sie auch derzeit noch kaum erkannt wird. Nach den *USA* ist die Bundesrepublik die zweitgrößte Handelsnation der Welt; bezieht man den Handel auf Bevölkerung und Sozialprodukt, so kann man gar sagen, sie

**Eine neue Richtung
ist notwendig**

**Die Verantwortung
der Bundesrepublik
für eine neue
Wirtschaftsordnung**

ist die bedeutendste Handelsnation der Welt. Die reale Exportquote (dh das Verhältnis von Exporten zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962) liegt bei über 30%; absolut gesehen und im Vergleich zum Handelsvolumen gibt es kein anderes Land auf der Welt, daß einen solch großen Bestand an Devisen aufzuweisen hat. Dies heißt aber, daß die Bundesrepublik aus der bisherigen internationalen Arbeitsteilung außergewöhnliche Vorteile gezogen hat und zieht. Veränderungen der internationalen Wirtschaftsordnung sind nicht möglich ohne Veränderungen in unserem Lande. So schreibt *Werner Holzer* sehr zurecht, „... daß nur sehr wenige Menschen in unserem Lande begreifen wollen, wie vollkommen die Abhängigkeit der Bundesrepublik von einem funktionierenden weltwirtschaftlichen System ist – nicht nur wenn es um Rohstoffe geht, sondern auch wenn Fragen der Gerechtigkeit und politischer Moral eine Rolle spielen ...; andererseits feiert der nationale Egoismus unserer Wohlstandsgesellschaft immer wieder neue Triumphe“. Unpopuläre Themen werden bei uns krampfhaft aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten – oder aber so behandelt, wie es in den Anfangszitaten aus der Wochenzeitung *Die Zeit* zum Ausdruck kommt. Die Frage der Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und der dazu notwendigen Anpassungen bei uns ist wesentlich abhängig von der Veränderung der Öffentlichen Meinung. Diese Öffentliche Meinung – so ist zu vermuten – ist nicht sonderlich zugunsten der Entwicklungsländer ausgerichtet. Allerdings kann man gelegentlich einen Gegensatz zwischen der veröffentlichten Meinung und der tatsächlichen Meinung engagierter Teile der Bevölkerung feststellen. Dieser Gegensatz kann in Zukunft zunehmen, wenn unsere Regierung im Nord-Süd-Dialog weiterhin eine so harte Linie hält wie bisher.

Fazit

Die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung braucht eine stärkere „Lobby“ in den reichen Ländern. Nur dann, wenn besorgte Bürger und Politiker gemeinsam die Aufgabe begreifen und in Angriff nehmen, die hier gestellt ist, besteht die Chance, tragfähige Lösungen zu entwickeln und neue Impulse zu geben.

Literaturhinweise

- E. Eppler: Welche Art von Wachstum wir wollen, in: *Frankfurter Rundschau*, 7. Mai 1977, S 14.
 W. Holzer: Stiefkind der Politik? Deutsche Entwicklungspolitik und unser Unvermögen, in: *der überblick*, 12. Jg, Heft 1, Stuttgart 1977.
 R. Jonas, M. Tietzel (Hg): Die Neuordnung der Weltwirtschaft. Bonn-Bad Godesberg 1976 [im Anhang die wichtigsten UNO-Dokumente zum Thema].
 D. Senghaas: Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: *Wirtschaftsdienst. Wirtschaftspolitische Monatsschrift*, 55. Jg, Heft 2, Hamburg 1975, S 99–108.
 U. S. Simonis: Armut, Unterbeschäftigung und soziale Ungleichheit in Asien und Afrika, in: *Vorgänge* 17 (1975), S 28–41.
 Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung. Memorandum zur 4. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD IV) 1976, Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen, oO, 1976.
 J. Tinbergen, A. J. Dolman, J. v. Ettinger et al: *Reshaping the International Order. A Report to the Club of Rome*, New York 1976 (sog RIO-Bericht).